Freigeld

Referat, gehalten in der St. Gallischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft,
am 9. Juni 1933 von Dr. rer. pol. *Alfred Bosshardt*, Uzwil

Es gibt vom Standpunkte des theoretischen Wirtschaftsdenkens aus gesehen nur eine Forderung, welche wir an die Wirtschaft stellen müssen, nämlich diese: dass die Wirtschaft als Ganzes dem Menschen das Maximum an Wohlstand, an Güterversorgung und Bedürfnisbefriedigung verschaffe, welches sich aus dem jeweiligen Stande der Produktions- und Verkehrstechnik ergibt. In andern Worten: Die Wirtschaft muss so geartet sein, dass sie mit möglichst wenig Reibungswiderständen dasjenige Mass an Güterversorgung im weitesten Sinne des Wortes verwirklicht, welches innerhalb der Möglichkeiten der erreichten Güter-Herstellungstechnik liegt. In der primitiven Naturalwirtschaft ist die Verwirklichung des technisch möglichen Maximums an Güterversorgung kein Problem; hier werden stets alle verfügbaren Arbeitskräfte eingesetzt, und ob das Wohlstandsmaximum, das der Produktionstechnik der Naturalwirtschaft entspricht, erreicht wird oder nicht, hängt ausser von politischen Ereignissen mehr von der Gunst der Natur als von den Dispositionen der Menschen ab.

Ganz anders in unserer modernen arbeitsteiligen Zirkulationswirtschaft! Damit die moderne arbeitsteilige Wirtschaft im Gleichgewicht marschiert und das Maximum an Bedarfsbefriedigung verwirklicht, welches ihren produktiven Möglichkeiten entspricht, müssen eine ganze Anzahl von Bedingungen erfüllt sein. Es wäre interessant und gerade in einer Freigelddiskussion besonders wichtig, diese Bedingungen im einzelnen zu erörtern; leider verbietet das die beschränkte zur Verfügung stehende Zeit, und Sie werden es daher verstehen, wenn ich mich auf einige Andeutungen beschränke und aus der Fülle der dynamischen Probleme unserer modernen Wirtschaft einige herausgreife, an denen sich die Grundirrtümer der Freigeldlehre besonders deutlich demonstrieren lassen.

* * *

Die Bevölkerungsvermehrung stellt die arbeitsteilige Wirtschaft beständig vor dynamische Aufgaben, die gar nicht einfach sind. In zwei Richtungen liefert die Bevölkerungsvermehrung der Wirtschaft Antriebe. Einmal erweitert sie von Tag zu Tag die Bedarfsbasis der Wirtschaft. Zum andern liefert sie der Wirtschaft in bestimmten Zeiträumen zusätzliche Arbeitskräfte, welche der Einordnung in die Arbeitsteilung harren. In einer im Gleichgewicht befindlichen, die Produktivkräfte voll ausnützenden Wirtschaft kann diese erweiterte Bedarfsbefriedigung, wie auch die Einordnung der zusätzlichen Arbeitskräfte, nur erfolgen, wenn vorher auch der Produktionsapparat entsprechend ausgeweitet wurde. Die Bevölkerungsvermehrung stellt demnach die Wirtschaft vor die Aufgabe

einer kontinuierlichen Ausweitung ihrer produktiven Apparatur im weitesten Sinne des Wortes. Diese Ausweitung kann nicht beliebig erfolgen: sie muss einmal die Richtung nehmen, in welcher sich auch die Bedarfserweiterung vollzieht. Sodann muss sie in derjenigen technischen Gestalt und Grösse erfolgen, wie sie sich aus dem jeweiligen Stande der Produktionstechnik ergibt. Es sind keine beliebigen Fabriken, sondern Fabriken von ganz bestimmter Grösse und Gestalt, die gebaut oder ausgeweitet werden müssen. Das Kapital, das zu ihrer Anschaffung oder Vergrößerung notwendig ist, steht zu der Menge der einzuordnenden Arbeitskräfte in einem ganz bestimmten, vorwiegend technisch bedingten Grössenverhältnis. Ein ganz bestimmtes Kapital muss also investiert werden, wenn die Eingliederung der durch das Bevölkerungswachstum geschaffenen zusätzlichen Arbeitskräfte gelingen und das Gleichgewicht der Wirtschaft erhalten bleiben soll. Dieses Kapital muss zuvor erspart, akkumuliert werden, und zwar genau dieses Kapital, nicht mehr, nicht weniger. Ein Mehr oder Weniger an Ersparung oder die Nichtinvestierung eines Teils der Ersparung würde dieses Gleichgewicht bereits stören und den Keim zu einer Disproportionalität der Produktionsfaktoren schaffen. Arbeitslosigkeit wäre in jedem Falle die Folge. Das ist aber noch nicht alles. Wenn die neu geschaffenen oder erweiterten Betriebe anfangen zu produzieren, dann erweitert sich auch die Masse der produzierten, Absatz suchenden Güter, es erweitert sich gleichzeitig auch die Einkommensmasse. Damit der Austausch der Einkommen und Güter auf erweiterter Basis auch wirklich stattfinden kann, muss aber noch eine Bedingung erfüllt sein: es muss nämlich auch eine entsprechende Erweiterung der Zahlungsmittelversorgung stattfinden, widrigenfalls der Kreislaufprozess gestört, der durch die Bevölkerungsvermehrung eingeleitete Expansionsakt der Wirtschaft unterbunden, die wirtschaftliche Entwicklung aus der natürlichen Bahn geschleudert wird.

Sie werden nun gewiss ohne weiteres erkennen, wo ich hinaus will. Die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes bei fortschreitender Ausdehnung der Gütererzeugung und des Güterverbrauches entsprechend der Bevölkerungsvermehrung ist an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft, von denen einige, aber nicht alle, mit der Geldverfassung zu tun haben. Wir wissen alle, dass diese Voraussetzungen heute nicht erfüllt sind, wir wissen ausserdem aus der Wirtschaftsgeschichte, dass sie auch in der Vergangenheit immer nur periodenweise und auch dann meist nur während einer relativ kurzen Zeit erfüllt waren. Und was das Wesentliche ist: die Erfüllung dieser Bedingungen entzieht sich wenn nicht ganz, so doch zum grossen Teil einer Beeinflussung durch irgendeine Zentralstelle, sei dies nun eine Regierung, eine Notenbank oder ein Wirtschaftsrat. Wir haben es ganz einfach nicht in der Hand, die Erfüllung dieser Bedingungen zu erzwingen. Die Einhaltung der Korrespondenz zwischen der Expansion der Gütererzeugung und der Richtung der Bedarfserweiterung ist im wesentlichen eine Frage der richtigen Bedarfsabschätzung seitens der Unternehmer und der sie finanzierenden Kapitalisten. Die Korrespondenz der Realkapitalbildung mit der Menge der neu auftretenden Arbeitskräfte einerseits, mit der Ersparung andererseits ist eine Bedingung, deren Erfüllung bekanntlich sehr stark von ausserwirtschaftlichen, insbesondere politischen Faktoren abhängt.

Dasselbe gilt auch von der Zahlungsmittelversorgung; diese letztere wird unter dem Regime der Goldwährung ausserdem von Gesetzen beherrscht, welche mit der Bevölkerungsbewegung absolut nichts zu tun haben. Vom Standpunkt der strengen wirtschaftlichen Logik aus ist es grundsätzlich ein bedeutender Mangel der Goldwährung, wie überhaupt jeder metallisch gebundenen Währung, dass die monetäre Expansion unter diesem System mit der technisch-produktiven Expansion der Wirtschaft nur in äusserst loser Beziehung steht. Darüber müssen wir uns vollständig klar sein und bewegen uns mit dieser Feststellung insofern auf einer Ebene mit den Vertretern der Freigeldlehre, dass die Goldwährung keinen Gleichschritt der monetären Expansion mit den Expansionsmöglichkeiten der modernen Produktionstechnik gewährleistet. Die Goldwährung ist ein Instrument zur Stabilisierung der Wechselkurse; als solches war sie in der Vergangenheit ein unentbehrliches Hilfsmittel der wirtschaftlichen Entwicklung und wird es wohl noch auf lange Zeit hinaus bleiben, aber in einer wirklich rationalisierten arbeitsteiligen Wirtschaft, in welcher nicht nur die Produktionssphäre, sondern auch die Zirkulationssphäre wirklich durchrationalisiert wäre, hätte die Goldwährung in ihrer früheren oder heutigen Gestalt allerdings keinen Platz. Diese Feststellung gibt aber selbstverständlich keine Antwort auf die Frage, ob die Schweiz heute bei der Goldwährung bleiben soll oder nicht.

Nehmen Sie nun einen Augenblick lang an, unsere Väter und Vorfahren hätten es verstanden, die Weltwirtschaft sagen wir beispielsweise zwischen 1850 und 1900 vollständig im Gleichgewicht zu halten, genauer gesagt im Gleichgewichte zu entwickeln, sie genau zwischen Inflation und Deflation hindurchzusteuern und sie von den periodischen Erschütterungen zu bewahren, die in diesem halben Jahrhundert in Wirklichkeit vorgefallen sind; sie hätten also den Zauberstab besessen, mit welchem alle die eingangs angedeuteten Korrespondenzprobleme sich von selbst gelöst hätten, und stellen Sie sich dann beispielsweise die Frage: Wie hätte sich in diesen 50 Jahren unaufhörlicher krisenfreier wirtschaftlicher Entwicklung die Preiskurve gestaltet? Wenn wir diese Frage zu beantworten versuchen, so werden wir zunächst eingestehen müssen, dass wir darüber nicht allzuviel wissen. Zunächst wissen wir nur das eine, dass die Preisentwicklung unter den gemachten Voraussetzungen bestimmt ganz anders verlaufen wäre, als es in der historischen 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts effektiv der Fall war. Wir dürfen ferner mit Sicherheit annehmen, dass das Preisniveau in dieser langen und an Entwicklungsmomenten ausserordentlich reichen Periode sehr wahrscheinlich starke Veränderungen erlitten hätte. Unter keinen Umständen dürfen wir dagegen ein konstantes Preisniveau annehmen. Man braucht nur an die ungeheuren Umwälzungen zu denken, die in diesen 50 Jahren die Produktionstechnik in fast allen Produktionszweigen erfuhr und die ihrem Wesen nach immer auf eine Steigerung der Produktivität hinauskam oder, was dasselbe ist, auf eine Senkung der Produktionskosten pro Produkteinheit, um sofort zu erkennen, dass das Preisniveau dadurch nicht unberührt bleiben konnte. Wäre die wirtschaftliche Entwicklung, wie wir annehmen, gleichgewichtig vor sich gegangen, so wäre das Preisniveau während dieser Zeit sehr wahrscheinlich langsam aber stetig gefallen, und dies einfach deshalb, weil im Jahre 1900 die grosse Mehrzahl

der Produkte mit einem geringeren Leistungsaufwand hergestellt werden konnten als im Jahre 1850. Immerhin: wir wissen darüber nichts Genaues, denn grundsätzlich sind in der modernen Wirtschaft auch gegenteilige Preistendenzen vorhanden; ich erinnere nur an das bekannte Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag sowie an die Tendenz zur Verteuerung der Bodenpreise und Mieten in den grossen Städten durch Grundrentenbildung. Im historischen 19. Jahrhundert sehen wir dagegen, dass dieser natürliche Preisfall unter dem System der Goldwährung durch wiederholte ausserordentliche Goldfunde, welche mächtige Goldinflationen auslösten, auf Jahrzehnte hinaus kompensiert, teilweise sogar überkompensiert wurde.

Stellen wir nun diese Frage nach der Beziehung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zum Preisniveau auf den Kopf! Stellen wir diese Frage so: Angenommen, wir folgten den Ratschlägen der Freiwirtschaftler, wir geben unsere ohnehin nicht mehr stubenreine Goldwährung auf und orientieren unsere Zahlungsmittelversorgung nach dem Prinzip eines unveränderlichen Preisstandes im Inlande und angenommen, dass uns dies tatsächlich gelinge, was mir persönlich jedoch für das kleine Wirtschaftsgebiet der Schweiz mindestens sehr zweifelhaft ist, angenommen also, es gelinge uns, nach den Vorschlägen der Freiwirtschaftler, das schweizerische Preisniveau oder, anders ausgedrückt: die Kaufkraft des Schweizerfrankens auf lange Zeit hinaus stabil zu halten, was wäre damit in Wirklichkeit erreicht? Würde uns diese Tat das wirtschaftliche Gleichgewicht bringen, von dem wir ausgingen? Würde sie uns aus der Wellenbewegung der Konjunktur ausschalten, würde sie uns von den periodischen Erschütterungen, die wir Krisen nennen, befreien? Verehrte Anwesende, denjenigen unter Ihnen, die mit meinen bisherigen Ausführungen einig gingen, wird die Antwort auf diese Fragen nicht zweifelhaft sein! Wenn wir soeben festgestellt haben, dass die Verwirklichung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes keineswegs an das Vorhandensein eines unveränderlichen Preisniveaus gebunden ist, so müssen wir jetzt umgekehrt erkennen, dass die Realisierung eines festen Preisstandes noch keineswegs die Realisierung des Gleichgewichtstraumes bedeutet, ja unter Umständen sogar einen bestehenden Gleichgewichtszustand untergraben muss. Nur in einer völlig stationären Wirtschaft, also einer Wirtschaft mit unveränderlichen Strukturgrundlagen und unveränderlicher Produktionstechnik, würde festes Preisniveau auch gleichzeitig Stabilität der Gesamtwirtschaft bedeuten. In einer evolutionären Wirtschaft wie der unsrigen dagegen besteht zwischen festem Preisniveau und wirtschaftlichem Gleichgewicht kein fester Funktionszusammenhang. Es ist leicht, sich das an einem Beispiel klar zu machen. Gehen wir wiederum von einer ausgeglichenen Wirtschaft mit voll ausgenützten Produktionsfaktoren aus. Nehmen wir nun an, dass in einer solchen Wirtschaft Erfindungen gemacht werden, welche die Herstellungskosten einer Reihe von wichtigen Produkten auf die Hälfte der bisherigen Kosten reduzieren. Diese Kostensenkung komme darin zum Ausdruck, dass Arbeitskräfte eingespart werden können. Diese Arbeitskräfte werden also vorläufig aus der Gesamtwirtschaft ausgegliedert; es entsteht Arbeitslosigkeit und damit eine Gleichgewichtsstörung. Wie kann diese behoben werden? Einzig und allein dadurch, dass auch die Verkaufspreise der

betreffenden Erzeugnisse der Kostensenkung entsprechend herabgesetzt werden. In der freien Verkehrswirtschaft sorgt die freie Konkurrenz dafür, dass nach einiger Zeit diese Anpassung der Preise an die neue Kostenbasis tatsächlich erfolgen muss. Diese Preissenkung ist es nun, welche bei den Konsumenten eine entsprechende Quote des Einkommens freisetzt, welche nun für eine Bedarfs-erweiterung in den verschiedensten Richtungen verfügbar wird. Diese freigesetzten Konsumenteneinkommen sind es, welche nun eine Ausdehnung der Produktion in allen möglichen Richtungen anregen, und diese Ausdehnung ist es wiederum, welche die freigesetzten Arbeitskräfte, wie auch die Betriebskapitalien, welche durch die Kostensenkung bei den Produzenten freigesetzt wurden, wieder in den Wirtschaftsprozess eingliedert.

Also wenn die Preise vieler Güter sinken, und zwar nicht auf Kosten der Löhne, sondern weil eben die Herstellungsmethoden sich verbessert haben, so ist das selbstverständlich keine Deflation und überhaupt keine monetäre Angelegenheit. Überhaupt können wir uns als Konsumenten nichts Besseres wünschen, als dass dieser Fall recht oft und kräftig eintritt, denn er ermöglicht uns eine Entlastung unseres Ausgabenbudgets und damit eine Steigerung unserer Lebenshaltung. Die meisten unter uns werden ohne Zweifel solche Preissenkungen mindestens zum Teil dazu benützen, um den Kreis ihrer Bedürfnisse auszuweiten; jeder wird sich nun das und jenes leisten, was er sich vorher auch bei gleichem Nominal-einkommen versagen musste. Und was das Wesentliche ist; während wir so als Konsumenten die Annehmlichkeit einer Ausweitung unseres Lebensstandards erleben, vollziehen wir gleichzeitig, fast ohne uns dessen bewusst zu sein, einen notwendigen, unentbehrlichen volkswirtschaftlichen Prozess, indem wir erst durch diese Bedarfsausweitung die volkswirtschaftliche Nachfrage schaffen, welche eben die aus dem wirtschaftlichen Kreislauf ausgeschalteten Arbeitskräfte wieder eingliedern wird. Je rascher unsere Bedarfssteigerung einsetzt, desto rascher wird auch die Arbeitslosigkeit, die in Verbindung mit der Kostensenkung entstanden ist, wieder verschwinden.

Sie sehen, die Anpassung der Preise an die gesunkenen Kosten ist hier die unentbehrliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Resultat dieses dynamischen Prozesses ist stets eine Erhöhung des Realeinkommens der Gesamtwirtschaft wie auch pro Kopf der Bevölkerung. In der Sprache der Quantitätstheorie ausgedrückt, konstatieren wir am Ende der Entwicklung eine Ausweitung des Sozialproduktes, eine Senkung des Preisniveaus, bei unveränderter Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit. Erfolgt die Preissenkung nicht, so unterbleibt logischerweise auch die Ausweitung des Bedarfs, damit aber auch die Wiedereingliederung der freigestellten Arbeitskräfte; das frühere Preisniveau bleibt zwar erhalten, aber die vorübergehende Arbeitslosigkeit muss zu einer dauernden werden, das Gleichgewicht der Wirtschaft ist gebrochen. Versuchte man anderseits, nach den Vorschlägen der Freiwirtschaftler, das Preisniveau von der Geldseite her auf dem früheren Stande zu erhalten, ungeachtet der vorausgegangenen realen Kostensenkung, so triebe man in Wirklichkeit nichts anderes als Inflationspolitik. Inflation heisst übermässige, zirkulatorisch nicht gerechtfertigte Geldvermehrung.

Nur in einer völlig stationären Wirtschaft mit faktisch gleichbleibenden Produktionsmethoden bedeutet Inflation immer auch Erhöhung des Preisniveaus. Wir haben es aber in unserer Wirtschaftspraxis ausschliesslich mit einer evolutionären Wirtschaft zu tun, deren Strukturgrundlagen dauernder und intensiver Veränderung unterworfen sind. In einer solchen Wirtschaft aber müssen wir prinzipiell die Möglichkeit einer Inflation auch bei gleichbleibendem oder sogar bei sinkendem Preisniveau zugeben. Ebenso müssen wir die Möglichkeit einer Deflation auch bei unveränderten oder sogar anziehenden Durchschnittspreisen ins Auge fassen. Der letztere Fall kann z. B. in einem Agrarland praktisch werden, wenn zufolge einer schlechten Ernte der Preisdurchschnitt steigt, aber infolge gleichzeitiger Kontraktion des Kreditvolumens nicht so stark steigt, wie er ohne diese monetäre Deflation gestiegen wäre.

Diese Feststellungen sind nun für die Beurteilung des Freigeldprogramms von der allergrössten Bedeutung. In einer stationären Wirtschaft bedeutet stabiles Preisniveau immer auch stabile Wirtschaft, wirtschaftliches Gleichgewicht; bedeutet stabile Kaufkraft des Geldes, dass weder Inflation noch Deflation, sondern eine zirkulatorisch richtige Geldpolitik getrieben wird, dass das Problem der monetären und kreditären Korrespondenz gelöst ist. In einer evolutionären Wirtschaft dagegen, mit der wir allein zu schaffen haben, bedeutet ein unverändertes Preisniveau an und für sich noch gar nichts, vor allem besagt es gar nichts über die innere Gleichgewichtigkeit der Gesamtwirtschaft. Auch wenn es praktisch möglich wäre, mit Hilfe der Indexwährung die Kaufkraft des Geldes zu stabilisieren, so wäre damit nur ein Pseudo-Gleichgewicht, kein wirkliches Gleichgewicht erreicht.

* * *

Lassen Sie mich nochmals kurz zusammenfassen! Das freiwirtschaftliche Programm tritt mit dem Anspruch vor die Welt, eine Universallösung aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu enthalten und insbesondere die Gleichgewichtsstörungen in der Wirtschaft ein für allemal beseitigen zu können, neben anderen Zielen, mit welchen wir uns heute nicht beschäftigen, wie z. B. die Beseitigung des Kapitalzinses usw. Der Autor des Freigeldes, Silvio Gesell, hatte mehr die Abschaffung des Zinses im Auge, die heutigen Vertreter der Lehre scheinen mehr die Beseitigung der Gleichgewichtstörungen im Auge zu haben; es liegt hier offensichtlich eine gewisse programmatische Schwergewichtsverschiebung vor. Den Anspruch, eine Universallösung zu sein, teilt das Freigeldprogramm bekanntlich mit vielen anderen wirtschaftstherapeutischen Systemen. Aus der Mitte der wirtschaftlichen Funktionszusammenhänge heraus müssen wir nun, ich möchte sagen leider, erkennen, dass auch das Freigeldprogramm wie so viele andere keine wirkliche Lösung der wirtschaftlichen Gleichgewichtsprobleme bringt, sondern nur eine Scheinlösung, und zwar auch dann, wenn es systemgemäss mit Erfolg durchgeführt werden könnte.

Was bietet uns in Wahrheit das Freigeldprogramm? Zum ersten die theoretische Möglichkeit eines kaufkraftstabilen Geldes, also eines stabilen Preisniveaus. Wir wissen nun, dass wir dies nicht mehr mit «wirtschaftlichem Gleich-

gewicht» übersetzen dürfen. Die Welt und ganz besonders die Vereinigten Staaten von Amerika besaßen in den Jahren 1921—1929 ein Preisniveau, das nur ganz geringfügigen Veränderungen unterworfen war, trotzdem gerade in dieser Periode die Produktionstechnik ganz bedeutende Wandlungen erfuhr. Wenn die realen Produktionskosten des Weizens zufolge Einführung der Traktoren usw. auf ein Drittel der früheren Kosten zurückgingen, diejenigen des Zuckerrohrs auf ein Fünftel bis ein Zehntel und eine grosse Menge anderer lebenswichtiger Erzeugnisse ebenfalls mit einem geringeren Arbeitsaufwand produziert werden konnten, so wäre die natürliche Folge von alledem ein langsames und stetiges Sinken des allgemeinen Weltpreisniveaus gewesen. Dieser natürliche und unvermeidliche Preisfall, dieser einzige wirklich kreislaufgemässe Ablauf der Dinge wurde nun bekanntlich von der Politik der amerikanischen Bundesreservebanken durchkreuzt. Wir wissen heute, dass die amerikanische Notenbank, ohne Zweifel beeinflusst von der wieder auferstandenen Quantitätstheorie, während dieser Periode eine Geldpolitik verfolgte, welche ganz im Sinne der Freiwirtschaftler die Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes bezweckte. Die Welt hatte in dieser Zeit, wie Cassel meines Erachtens sehr richtig definierte, keine wirkliche Goldwährung im Sinne der Vorkriegszeit, sondern eine manipulierte Dollarwährung. Nicht der Goldwert bestimmte den Dollarwert, sondern umgekehrt bestimmte die Kaufkraft des Dollars die Kaufkraft des Goldes, und die Kaufkraft des Dollars wurde von den Leitern des amerikanischen Geldwesens bestimmt. Die Stabilität des Weltpreisniveaus zwischen 1921 und 1929 war also in Wirklichkeit das Werk der kaufkraftstabilisierenden Geldpolitik der Vereinigten Staaten. Heute wissen wir, dass diese vermeintliche Stabilisierungspolitik in Tat und Wahrheit eine Inflationspolitik grössten Ausmasses gewesen ist, die zwar der Weltwirtschaft vorübergehend gewaltige Konjunkturimpulse vermittelte, aber unvermeidlich früher oder später in einem Dêbâcle endigen musste. Diese versteckte Inflation mit fast unveränderten statt natürlicherweise sinkenden Preisen war es, welche langsam aber stetig kolossale Disproportionalitäten aufzog, die dann schliesslich in der Krise seit 1929 offen zum Ausbruch gelangten. Der Zusammenbruch der amerikanischen Geldpolitik Ende 1929 muss meines Erachtens durchaus als ein prinzipielles Versagen des Systems der absoluten Währung im Sinne der amerikanischen Quantitätstheoretiker und der Freibewegung gewertet werden.

Der zweite Beitrag an die Lösung der wirtschaftlichen Gleichgewichtsprobleme, den uns das freiwirtschaftliche Programm verspricht, ist eine Art Mechanisierung des Geldumlaufes durch den bekannten Geldschwund. Dieser Geldschwund soll das Geld sozusagen unter Angebotszwang stellen und hat, unter dem Gesichtspunkt des Gleichgewichtsproblems, vor allem die Bedeutung, dass er die gesamte ersparte Geldmenge zwangsläufig in die Zirkulation zurückführen soll. Das Schwundgeld soll also den Besitzer von Geldkapital zwingen, entweder seine Ersparnisse sofort selbst zu investieren oder aber auszuleihen, damit andere die entsprechenden Investitionen vornehmen können. Das ist ohne Zweifel eine sehr interessante, ungewöhnliche Idee, und wenn der Geldschwund wirklich diese Wirkung hätte, so wäre damit in der Tat etwas sehr

Beachtliches erreicht, nämlich die Identität der volkswirtschaftlichen Ersparung mit der Realkapitalbildung. Die mechanische Ausschaltung von Zirkulationsstörungen, welche aus der Thesaurierung von Geld, somit aus der Nichtinvestierung volkswirtschaftlicher Ersparnisse, herrühren, wäre wirklich ein Schritt in der Richtung auf grössere Stabilität in der Wirtschaft. Aber noch längst nicht die Stabilität selbst! Darüber müssen wir uns vollständig klar sein! Es bedeutet eine ganz gehörige Überschätzung dieses einen Störungselementes und vor allem die Ignorierung aller übrigen ungelöst bleibenden Korrespondenzprobleme, wenn man von der Verunmöglichung des Geldhortens schon die Beseitigung der periodischen Störungen der Wirtschaft erwartet, wie das die Vertreter der Freiwirtschaft zu tun scheinen. Dabei ist erst noch das vorgeschlagene Mittel in seiner Wirkung gerade unter diesem Gesichtspunkt sehr fragwürdig, mindestens sehr ungewiss! Die Ausschaltung der Thesaurierung ist zwar prinzipiell ohne Zweifel eine Frage von Bedeutung, aber sie bringt uns noch keine Korrespondenz der produktiven mit der konsumtiven Dynamik der Wirtschaft, sie bringt uns keinen Gleichschritt der monetären mit der technisch-produktiven Expansion, auch nicht in Verbindung mit der Indexwährung, und sie bringt uns vor allem keine Proportionalität der volkswirtschaftlichen Ersparung mit den Investitionsnotwendigkeiten, welche sich aus der Bevölkerungsvermehrung und aus den technischen Fortschritten ergeben. Wenn eine Wirtschaft zufolge des Wachstums der Bevölkerung Jahr für Jahr eine gewisse Anzahl neuer Arbeitskräfte in sich aufnehmen muss, so heisst das eben, dass sie Jahr für Jahr die entsprechenden Produktionsanlagen erstellen muss. Die hierfür nötigen Kapitalien müssen Jahr für Jahr durch Ersparung im weitesten Sinne des Wortes gebildet werden. Der Spartrieb aber folgt seinen eigenen Gesetzen und lässt sich schwer beeinflussen. Ist die Ersparung beispielsweise grösser als durch die notwendige Realkapitalbildung gefordert wird, so tritt normalerweise eine Absatzkrise ein, welche die Erstellung dieses zusätzlichen Realkapitals verhindern wird. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge. Ist die Ersparung dagegen zu klein, so muss das eintreten, was wir in der ökonomischen Theorie als Zwangssparprozess bezeichnen, d. h. es erfolgt eine Kreditinflation mit Preissteigerungen und entsprechender Erhöhung der Unternehmergewinne, aus welchen nun die für die Bereitstellung der notwendigen neuen Produktionsmittel erforderlichen Kapitalien gebildet werden. Das Gleichgewicht der Wirtschaft lässt sich also in diesem Falle nur aufrechterhalten, wenn das Preisniveau steigt. Sie sehen auch hier wieder, dass es nicht viel bedeutet, wenn man ein Element der wirtschaftlichen Stabilität in die Hand bekommt, solange man nicht auch die übrigen Elemente beeinflussen kann. Wir hätten dann eine Wirtschaft, die gewissermassen einem Orchester zu vergleichen wäre, in welchem einige Musiker genau nach Noten und nach den Weisungen des Dirigenten spielen, während die Mehrzahl der Musiker unbekümmert um Noten und Dirigent nach Herzenslust drauflos musizieren. Sie werden ohne weiteres zugeben, dass in einem solchen Konzert von Harmonie nicht allzuviel zu hören sein würde und dass es wahrscheinlich unter diesen Umständen besser wäre, von der Veranstaltung des Konzertes überhaupt abzusehen.

Das Missverständnis, eventuelle Teillösungen für Universallösungen zu halten, findet sich bekanntlich nicht nur in der Freigeldbewegung. Auch die sozialistische Planwirtschaft würde selbstverständlich im besten Falle nur eine Teillösung des Gleichgewichtsproblems, keineswegs dauerhafte Stabilität bringen. Sollen wir daraus den Schluss ziehen, dass wir die Wirtschaft ein für allemal ihrem zufälligen Schicksal überlassen müssen, müssen wir resigniert darauf verzichten, die Wirtschaft jemals aus dem verhängnisvollen Auf und Ab der Konjunktur herausreissen zu können, die wirtschaftliche Entwicklung jemals zu dirigieren, anstatt wie bis jetzt von ihr dirigiert oder besser an der Nase herumgeführt zu werden? Das ist keineswegs meine Meinung, zu diesem Verzicht besteht kein Anlass. Der Gedanke, die wirtschaftliche Expansion in die Hand zu bekommen, die Wirtschaft von dem Fluch der konjunkturellen Wellenbewegungen zu erlösen, nicht nur Inflation, sondern auch Deflation zu überwinden, kurz der Gedanke, durch Rationalisierung auch der Zirkulationssphäre eine dauerhafte wirtschaftliche Prosperität aufzurichten, wird nicht mehr von der Erdoberfläche verschwinden. Die Einsicht, dass alle Technik und Rationalisierung in der Produktionssphäre für sich allein auf die Dauer keinen Wohlstand begründen kann, dass der heutige Zustand unkontrollierter Kapitalbildung, Finanzierung und Kredit-Geldschöpfung durch eine kreislaufbewusste, dem Wesen der Arbeitsteilung gemässere Ordnung des gesamten Wirtschaftsgebäudes ersetzt werden muss, wenn der Mensch wirklich der Errungenschaften seiner Technik froh werden soll, diese Einsicht ist nicht mehr wegzudiskutieren; sie hat unter den europäischen und amerikanischen Menschen übrigens seit Krieg und Inflation gewaltige Fortschritte gemacht. Aber eine solche Neuordnung müsste im ganzen unternommen werden; Teillösungen führen zu keinem Ziel. Damit aber ein solcher Versuch gelingen könnte, müsste wiederum eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Zunächst muss über den Gegenstand vollständige theoretische Klarheit herrschen. In andern Worten: eine Neuordnung der Wirtschaft könnte nur auf der Grundlage einer universalen wirtschaftlichen Korrespondenzlehre, einer eindeutigen und gefestigten Einsicht in die Gesamtheit der kreislaufmässigen Bedingtheiten mit Erfolg unternommen werden. Es wäre Verblendung, zu behaupten, dass wir diese Einsichten heute schon in genügendem Masse besitzen, vielmehr stehen wir hier noch in den Anfängen der Entwicklung, gewissermassen erst in den Vorhöfen wirklicher Erkenntnis. — Zum zweiten ist zu bemerken, dass der heutige liberale und demokratische Staat für Rationalisierungsversuche dieser Art keine günstigen Voraussetzungen bietet, erstens weil solche Zielsetzungen dem Wesen des liberalen Staates überhaupt widerstreben, und zweitens weil sie auf jeden Fall Eingriffe in die private Handlungsfreiheit mit sich bringen, welche vielleicht für den korporativen Staat, nicht aber für den liberalen Staat tragbar sind. Das korporative Staatsgebilde bietet in dieser Hinsicht Möglichkeiten, welche dem liberalen prinzipiell abgehen, das darf hier wohl grundsätzlich festgehalten werden. — Das dritte ist schliesslich, dass das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichtes grundsätzlich nur auf internationaler Basis gelöst werden kann. Mit dieser Feststellung stellen wir uns abermals in Widerspruch mit den Vertretern des Freiwirtschaftsbundes, welche an eine nationale Krisen-

bekämpfung, mehr noch: an eine nationale krisenfreie Wirtschaftspolitik glauben. Von allen Vorstellungen der Freiwirtschaftler scheint mir diese bei weitem die wirklichkeitsfremdeste. Die Leugnung der Internationalität der Konjunkturbewegung bedeutet in meinen Augen eine gewaltsame Verkennung und Verfälschung der Kausalzusammenhänge. Auch das klügste Volk mit der ausgebildeten Wirtschaftstechnik vermöchte doch keine wirtschaftliche Harmonie auf die Dauer aufrecht zu erhalten, wenn andere Völker, mit denen es in lebenswichtigen wirtschaftlichen Beziehungen steht, von Krisen und Depressionen heimgesucht werden. Die hunderttausend Massnahmen und Eingriffe der einzelnen Staaten in die Wirtschaft, die alle den Zweck hatten, die Krise vom eigenen Lande fernzuhalten oder sie wenigstens abzuschwächen — nach der Devise «o heiliger Sankt Florian, verschone unsre Häuser, zünd' lieber andre an!» —, und die doch alle zusammen nur bewirkten, dass alle Länder um so stärker in die Depression hineingerieten, sie bedeuten in ihrer Gesamtheit doch nichts als hunderttausend Missverständnisse über die wahren Möglichkeiten und Grenzen einer nationalen Wirtschaftspolitik. Wer die Internationalität der Krise in Abrede stellt, der verschliesst sich zum vornherein der Erkenntnis dessen, was zu tun ist, wenn die Wirtschaft aus den Krallen des Konjunkturablaufes befreit werden soll. Das Problem der Rationalisierung der wirtschaftlichen Expansion und der Zirkulationssphäre im besonderen wird entweder international gelöst werden, oder es wird ungelöst bleiben.